

|  |  |
| --- | --- |
| **PRESSEMITTEILUNG Nr. 33/2015** | **28. Mai 2015** |

**DE**

**EWSA gegen ISDS in TTIP und CETA und für ein internationales Investitionsgericht**

**Der EWSA spricht sich in seiner am 27. Mai verabschiedeten Stellungnahme dagegen aus, Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat (ISDS) in die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) oder in das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) aufzunehmen, da dies seiner Meinung nach beide Abkommen zum Scheitern bringen könnte.**

"*Diese Stellungnahme richtet sich nicht gegen den Investorenschutz, sondern gegen ISDS, da dies für eine breite Mehrheit der Zivilgesellschaft keine akzeptable Form der Streitbeilegung ist"* so **EWSA-Berichterstatter Sandy Boyle**. *"Intransparenz, das Fehlen klarer Vorschriften über das Schiedsverfahren, das Fehlen eines Rechtsmittels und die Diskriminierung einheimischer Investoren, die das ISDS-System nicht in Anspruch nehmen können, haben die Glaubwürdigkeit dieses Systems ausgehöhlt."*

Nach sorgfältiger Prüfung der im CETA und im Freihandelsabkommen mit Singapur enthaltenen Investitionsbestimmungen gelangt der EWSA zu dem Schluss, dass die im derzeitigen ISDS-System vorgenommenen Verbesserungen bei weitem nicht ausreichen, um die Ängste der Öffentlichkeit abzubauen. Der EWSA stellt daher mit Sorge fest, dass das ISDS-Modell des CETA derzeit die Grundlage für entsprechende Verhandlungen im Rahmen des Freihandelsabkommens EU-Japan bildet.

Der EWSA analysiert eingehend die vier von der Europäischen Kommission genannten reformbedürftigen Bereiche und weist auf die Notwendigkeit eines alternativen Streitbeilegungsverfahrens hin, das sowohl den legitimen Forderungen der Investoren als auch den Anliegen der breiten Zivilgesellschaft ausgewogen Rechnung trägt. Im Hinblick auf ein demokratisches, faires, transparentes und ausgewogenes System spricht sich der EWSA für die Einrichtung eines **internationalen Investitionsgerichts** aus.

Der EWSA betrachtet dies als oberste Priorität. Mag auch der Bedarf an Investitionsschutz von Land zu Land unterschiedlich sein – in Ländern mit einem demokratisch funktionierenden, etablierten und korruptionsfreien Rechtssystem sollten Investitionsstreitigkeiten nach Auffassung des EWSA durch Mediation, die innerstaatliche Gerichtsbarkeit und Beilegung auf zwischenstaatlicher Ebene gelöst werden.

Nach einer hitzigen Debatte im Plenum und nach Ablehnung einer von der Gruppe Arbeitgeber eingebrachten Gegenstellungnahme wurde die Stellungnahme des EWSA mit 73% der Stimmen verabschiedet.

**Hintergrund**

[EWSA-Stellungnahme: Investitionsschutz und Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat in Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Drittländern](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.home)

Abstimmungsergebnis: 199 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen.

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**

EWSA-Pressereferat

E-Mail: press@eesc.europa.eu

Tel: + 32 2 546 9406 / +32 475 75 3202

**@EESC\_PRESS**

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***

*Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gewährleistet die Vertretung der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft. Er ist eine beratende Versammlung und wurde 1957 durch die Römischen Verträge errichtet. Die beratende Funktion des EWSA ermöglicht es seinen Mitgliedern und damit auch den Organisationen, die diese vertreten, am Beschlussfassungsprozess der EU teilzuhaben. Dem Ausschuss gehören 353 Mitglieder an, die vom Rat der Europäischen Union ernannt werden.*

*\_\_****\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_***